



Sie sind über 50, aber nicht zu alt zum Arbeiten: Um Vorurteile abzubauen und sich gegenseitig zu unterstützen, gründen sie den Verein 50plus-Hilfe.

Foto: Peter Weber

Die „Wilden 13“ sagen dem Jugendwahn den Kampf an

Wie aus einem Artikel in unserer Zeitung über ältere Arbeitslose ein bundesweiter Verein entstand

VON STEFFEN HABIT

München – Allein sind sie gescheitert, jetzt wollen sie gemeinsam kämpfen – gegen Vorurteile: Dass über 50-Jährige zu alt zum Arbeiten sind. Dass Ältere nicht teamfähig sind und nichts mehr dazulernen wollen. „Mit 50 bist du abgeschrieben“, sagt Brigitte Dorn. „Du hast überhaupt keine Chance.“ Applaus aus der Runde. Manche sind sogar über 100 Kilometer ange-reist, um sich mit Leidensgenossen zu treffen. So gewaltig ist der aufgestaute Zorn. Die 13 Männer und Frauen über 50, die an diesem Abend ins schlichte katholische Pfarrheim in Olching (Kreis Fürstfeldbruck) gekommen sind, wollen aber nicht nur plaudern. Sie wollen etwas bewegen. Dazu gründen sie den Verein 50plus-Hilfe.

Die Initiative ist bisher einmalig. Arbeitslose und ehemals Arbeitslose haben sich zusammengeschlossen, um von den gegenseitigen Erfahrungen zu profitieren.

„Wir sind keine neue Selbsthilfegruppe, die nur quatscht und quatscht.“

Vereinsgründerin Gabriele Aurin

„Wir sind aber keine neue Selbsthilfegruppe, die nur quatscht und quatscht“, betont Gabriele Aurin. Die 55-Jährige aus Olching ist die Mutter des Vereins. Mit ihrem mutigen Kampf gegen den Jugendwahn der Betriebe hat sie bundesweit für Aufsehen gesorgt (siehe Kasten). Aufgrund mehrerer Berichte in unserer Zeitung wurde sie in die ZDF-Sendung „Berlin Mitte“ eingeladen. Hunderte Leidensgenossen meldeten sich daraufhin – und auch einige Unternehmer, die Arbeitskräfte suchen. Dies will Aurin nutzen: „Ziel ist es, Arbeitslose zu vermitteln.“

Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Bisher dominiert der Erfahrungsaustausch – und die Erlebnisse sind oft identisch. Zum Beispiel Brigitte Dorn aus München: Die 50-Jährige ist eine ruhige, zurückhaltende Frau. Wenn die Fremdsprachenkorrespondentin von ihren Vorstellungsgesprächen erzählt, bilden sich

Erwerbsquote der über 55-Jährigen im Vergleich



Erwerbsquote: Anteil der 55- bis 65-Jährigen, die noch im Beruf stehen

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Grafik: Münchner Merkur

Zornesfalten auf ihrer Stirn. „Es ist so erniedrigend, was ich zu hören bekommen habe.“ Sie sei in das Team nicht zu integrieren, so eine häufige Antwort. Oder: Sie gehe ja sowieso bald in Rente. „Mit 50 Jahren?“ Manchmal wäre sie am liebsten hinausgerannt, gesteht die 50-Jährige. Aber das hat sie sich nicht getraut: „Ich will ja unbedingt eine Stelle.“ Nicht einmal die Hälfte der über 55-Jährigen hat

bundesweit eine Arbeit (siehe Grafik). Damit liegt Deutschland weit hinter Schweden (69 Prozent), Dänemark (59) und Großbritannien (57). In Bayern suchen derzeit etwa 140 000 über 50-Jährige eine Arbeit. Ihre Job-Aussichten sind katastrophal: Nur jeder 14. Neueingestellte im Freistaat war über 50 Jahre alt, belegt eine Studie des Instituts Inifes. Mit ihrem Jugendwahn schaden sich die Betriebe

selbst, warnt Inifes-Direktor Ernst Kistler (siehe Interview): „Sie verlieren das unbezahlbare Erfahrungswissen der älteren Mitarbeiter.“
Anwalt, Psychologin, Ex-Manager – die Gründungsmitglieder kommen aus ganz verschiedenen Berufen. Und der Verein profitiert davon: Anwalt Wolfgang Bachert am Tag investierte sie in die Gründung. „Jetzt ist es endlich geschafft“, sagt sie erleichtert. Zugleich weiß sie, dass die eigentliche Arbeit erst beginnt. Von Erschöpfung aber keine Spur: „Mir hat noch nie ein Job so viel Spaß gemacht.“

Die Mutter des Vereins: „Ich bin ein Stehaufmännchen“



Gabriele Aurin ist selbst seit Monaten arbeitslos. Foto: Weber

Auf dem Schreibtisch von Gabriele Aurin stapeln sich hunderte Hilferufe älterer Arbeitsloser. Seitdem die resolute 55-Jährige aus Olching den Schritt in die Öffentlichkeit wagte, reißt die Flut an Zuschriften nicht ab. Aurin ist seit April 2006 selbst arbeitslos. Dutzende Bewerbungen verschickte die Bürokauffrau – ohne Erfolg: „Nicht zu einem Gespräch wurde ich eingeladen“, erinnert sich Aurin. Fast 40 Jahre hatte sie gearbeitet, tausende Euro in die Sozialkassen eingezahlt. Künftig sollte Aurin von Sozialhilfe leben. Diese Ungerechtigkeit wollte Aurin nicht akzeptieren. Erst schrieb sie an die Lokalpolitiker, dann an Bundespräsident Horst Köhler. Die Antworten waren fast identisch: Man habe Verständnis

für ihre Situation und wünsche viel Glück.

So leicht ließ sich Aurin nicht abwimmeln. Allzu oft hatte sie sich bereits in ihrem Leben durchkämpfen müssen: Als sie im Alter von acht Jahren ihre Eltern verlor oder später allein ihren Sohn großzog. Aufgeben gibt es für sie nicht.

Im Herbst beschloss sie, einen Verein zu gründen, der sich für ältere Arbeitslose einsetzt. Für die 55-Jährige völliges Neuland. Bis zu zwölf Stunden am Tag investierte sie in die Gründung. „Jetzt ist es endlich geschafft“, sagt sie erleichtert. Zugleich weiß sie, dass die eigentliche Arbeit erst beginnt. Von Erschöpfung aber keine Spur: „Mir hat noch nie ein Job so viel Spaß gemacht.“

Nur so gelingt es ihr, trotz der persönlichen Schicksale, die sie täglich liest, zu versichtlich zu bleiben. „Ich bin ein Stehaufmännchen“, sagte sie und lacht. Ein Zurück gibt es nicht mehr: „Ich habe vielen mein Wort gegeben, für Verbesserungen zu kämpfen. Mein Versprechen kann ich jetzt nicht einfach brechen.“ ■ sha

meinnützigkeit, Beirat, Auflösungsfristen – Anwalt Bachert, standesgemäß mit Anzug und Krawatte, kennt sich aus. Der 52-Jährige war bis vor kurzem selbst arbeitslos. Nach hunderten erfolglosen Bewerbungen gründete er schließlich seine eigene Kanzlei. „Ich kenne die Ausreden der Unternehmen. Entweder ist man überqualifiziert oder zu alt.“

Die Betroffenen leiden nicht nur unter der demütigenden Behandlung, sondern auch unter den drastischen Kürzungen beim Arbeitslosengeld. Wer heute seinen Job verliert, für den beginnt sehr schnell der soziale Abstieg. Im Rahmen der Hartz-Reformen hat Rot-Grün die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I (ALG I) massiv reduziert. Wer früher fünf Jahre eingezahlt hatte, bekam bis zu 32 Monate (also fast drei Jahre) ALG I. Heute wird die Unterstützung über 55-Jährigen maximal 18 Monate gewährt. Ob jemand drei oder dreißig Jahre in die Sozialkassen eingezahlt hat, spielt also keine Rolle mehr.

Die Union hat die Gerechtigkeit erkannt. Im Herbst beschloss der CDU-Parteitag, die Bezugsdauer für das ALG I wieder nach den Beitragsjahren zu bemessen. Doch der Beschluss verschwand schnell wieder in der Schublade. Mit der SPD derzeit nicht möglich, so die lapidare Begründung.

Die Kürzung trifft Godehard Ziaja besonders hart. Dem zweifachen Vater wurde Anfang Dezember gekündigt – nach zwölf Monaten beim Roten Kreuz. Dass der 53-Jährige aus Olching bereits 30 Jahre Sozialbeiträge gezahlt hat, interessiert die Behörden nicht: Ziaja bekommt sechs Monate Arbeitslosengeld, danach nur noch Sozialhilfe. „Das ist unglaublich bitter“, sagt Ziaja und sein sonst fröhliches Gesicht verdüstert sich. „Jammern und klagen hilft nicht“, sagt er betont nüchtern. „Jetzt müssen wir halt zupacken.“

Der Verein 50plus-Hilfe sucht noch Mitglieder und Sponsoren. Interessenten können sich unter 50plus-Hilfe, Postfach 1101, 82133 Olching melden. Oder eine E-Mail schicken an 50plus-hilfe@gmx.de.

„Unternehmen verlieren unbezahlbares Wissen der Älteren“

Nur die Hälfte der über 55-Jährigen in Deutschland hat einen Job. Ernst Kistler, Direktor am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie, über Produktionsmängel und wachsende Altersarmut.

Woher kommt der Jugendwahn in deutschen Unternehmen?

Ernst Kistler: Dafür gibt es mehrere Ursachen. Ein Grund ist der ständig wachsende Leistungsdruck. Manche Arbeiter auf dem Bau oder in der Gastronomie sind im Alter diesen hohen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Die Unternehmen versuchen daher, sich von den älteren Mitarbeitern zu trennen.

Aber auch bei Siemens oder bei der Allianz gab es Kündigungswellen.

Kistler: Die Vorruhestandsregelungen wurden über Jahre intensiv genutzt, um Leute auf vermeintlich soziale Art und Weise zu entlassen und die Personalkosten zu senken.

Was geht den Unternehmen durch den Jugendwahn verloren?

Kistler: Die Betriebe verlieren das unbezahlbare Erfahrungswissen der älteren Mitarbeiter. Ein langjähriger Maschinenspezialist hört, wenn seine Maschine nicht rund läuft – lange bevor sie kaputtgeht. Ein anderes Beispiel: Eine erfahrene Krankenschwester ist bei der Diagnose vielleicht besser als ein junger Arzt.

Das ist ja ein richtiges Plädoyer für ältere Beschäftigte.

Kistler: Ich gehe sogar so weit: Ein Teil der Produktionsmängel, mit denen die Unternehmen derzeit kämpfen – Stichwort Montagsautos – geht auf den Jugendwahn zurück. Das Erfahrungswissen der Älteren lässt sich elektronisch nicht speichern. Nur in gemischten Teams aus Alt und Jung kann es weitergegeben werden. Außerdem haben ältere Mitarbeiter eine deutlich höhere soziale Kompetenz und identifizieren sich stärker mit dem Unternehmen.

Warum zögern dennoch die Unternehmer, auch Ältere einzustellen?

Kistler: Wer länger arbeitslos ist, hat grundsätzlich schlechtere Chancen, wieder einen Job zu finden. Teils wird auch behauptet, Ältere seien nicht mehr leistungsbereit. Das stimmt in den meisten Fällen natürlich nicht.

Künftig sollen alle bis 67 arbeiten. Hat in den Betrieben bereits ein Umdenken begonnen?

Kistler: Nein. Die Mehrzahl der Unternehmen hat das Problem noch nicht erkannt. Zwar gibt es viele Beispiele aus der Praxis, wie man Ältere im Betrieb fördern kann, aber sie werden nicht genutzt.

Was bedeutet das für die Zukunft?

Kistler: Die Zahl der älteren Arbeitslosen wird wie-



Ernst Kistler Foto: Haag

der steigen. Das heißt auch: Die Altersarmut nimmt zu. Das Problem wird noch dadurch verstärkt, dass die Zahl der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland deutlich wächst – bundesweit um 30 Prozent, in Bayern sogar um 40 Prozent.

Was muss die Politik machen?

Kistler: Die Regierung muss den Druck auf die Unternehmen erhöhen, die Weiterbildung und die Gesundheitsförderung zu verstärken. In Frankreich zum Beispiel müssen alle Betriebe eine Abgabe zahlen, die ihre Mitarbeiter nicht qualifizieren. Auch der Staat muss mehr in Bildung investieren. Das ist das beste Mittel, um Arbeitslosigkeit langfristig zu verhindern.

■ Interview: Steffen Habit